



PRÄAMBEL

Die Charta von Lampedusa ist ein Bündnis zwischen den unterschreibenden Organisationen, Gemeinschaften und Individuen, die die Prinzipien, die sie enthält, bejahen, ausüben und verteidigen wollen. Jede_r Unterzeichner_in kann mit der Charta in der eigenen Weise und in der eigenen Sprache umgehen, wie sie_er dies als angemessen betrachtet.

Die Charta von Lampedusa ist das Ergebnis eines konstituierenden Prozesses und der Konstruktion eines Rechts von unten. Die Charta wurde gemeinsam geschrieben bei einem Treffen verschiedener Organisationen, Gemeinschaften und Einzelpersonen vom 31. Januar bis 2. Februar 2014 auf Lampedusa. Anlass für dieses Treffen war der Tod von über 600 Frauen, Männern und Kindern durch die Schiffsbrüche vom 3. und 11. Oktober 2013. Dies waren die aktuellen Tragödien im Mittelmeer, das sich durch die gegenwärtige Regulierung und Kontrolle der Migration in einen Meeresfriedhof verwandelt hat. Die Charta von Lampedusa ist keine Gesetzesvorlage oder eine Aufforderung an Staaten oder Regierungen.

Seit vielen Jahren schränken Regierungen Personen und deren Bewegung ein. Die Einschränkung ist funktionales Element der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik und produziert Ungleichheit und Ausbeutung. Diese Politik hat sich mit der Wirtschaftskrise der ersten Jahre des neuen Jahrtausends weiter verstärkt. Insbesondere schafft die Europäische Union durch ihre Migrationspolitik eine geopolitische Landschaft, die für uns völlig inakzeptabel ist. Diese Politik basiert auf Ausschluss und der Limitierung von Mobilität, indem sie unterscheidet zwischen Menschen, denen es erlaubt ist, sich frei zu bewegen und anderen, die zahlreiche Hindernisse überwinden müssen, deren Bewegungsfreiheit verhindert oder stark eingeschränkt wird – oft mit dem Risiko, das Leben zu verlieren.

Die Charta von Lampedusa verlangt eine radikale Veränderung der sozialen, ökonomischen, politischen, kulturellen und rechtlichen Beziehungen, die das gegenwärtige System kennzeichnen. Diese Beziehungen sind die Basis der globalen Ungerechtigkeit, der Millionen von Menschen derzeit ausgeliefert sind. Die Veränderung beginnt mit dem Aufbau einer Alternative, basierend auf Freiheit und Lebensperspektiven für Alle, ohne irgendeine

Unterscheidung aufgrund von Staatsangehörigkeit und/oder Herkunft.

Die Charta von Lampedusa basiert auf der Anerkennung, dass alle Menschen die Erde als gemeinsamen Raum bewohnen und dass diese Zugehörigkeit von uns Allen respektiert werden muss. Unterschiede müssen als eine Bereicherung verstanden werden, als eine Quelle neuer Möglichkeiten, und sollen nie benutzt werden, um Schranken zu bilden.

Die Charta von Lampedusa versteht unseren Planeten als ihren Anwendungsbereich und das Mittelmeer als ihren Ursprungsort, in dessen Zentrum die Insel Lampedusa liegt. Die gegenwärtige Politik sowie die Regulierung der Migration hat der Insel die Rolle einer Grenze und eines obligatorischen Durchgangsortes aufgezwungen. Zehntausende Menschen starben beim Versuch, die Insel zu erreichen. Die Charta von Lampedusa will der Insel und ihren Bewohner_innen ihr Schicksal wieder in die eigenen Hände geben. Mit dieser ersten Veränderung der gängigen Routen, die von politischen und ökonomischen Regeln bestimmt werden, will sich die Charta über die Welt verbreiten.

Mit unserer Unterschrift verpflichten wir uns, das von der Charta von Lampedusa formulierte Recht von unten in unserem politischen, sozialen und kulturellen Kampf in die Tat umzusetzen, unabhängig davon, ob dieses durch Staaten und/oder internationale Institutionen anerkannt wird.

Die Charta von Lampedusa gliedert sich in zwei Teile. Diese Zweiteilung widerspiegelt die Spannung zwischen unseren Wünschen und Überzeugungen einerseits und der politischen Realität auf der Welt andererseits. Teil I listet unsere Grundsätze auf. Diese bilden die Grundlage unserer Kämpfe, welche sich aus der Charta von Lampedusa ergeben. Der zweite Teil hingegen anerkennt die Notwendigkeit, sich mit der Realität der gegenwärtigen Migrationspolitik und der Militarisierung der Landesgrenzen auseinanderzusetzen: mit dem Rassismus, der Diskriminierung, der Ausbeutung, den Ungleichheiten, den Einschränkungen und dem Tod von Menschen, den diese Politik produziert. Die Charta von Lampedusa fordert dabei eine umfassende Richtungsänderung.

TEIL I

BEWEGUNGSFREIHEIT I

Die Charta von Lampedusa fordert Bewegungsfreiheit für alle Menschen.

Die Geschichte der Menschheit ist eine Geschichte von Migrationen. Heute ist Migration hingegen ein integraler Bestandteil des neoliberal-kapitalistischen Wirtschaftssystems. Migrationspolitik dient gegenwärtig hauptsächlich der

erneuten Verfestigung gesellschaftlicher Klassen, kolonialer Beziehungen und Ungleichheiten zwischen Staaten. Jede politische Rhetorik, welche die Mobilität von Migrant_innen einschränken will, ist heuchlerisch: Dem Grossteil der Menschheit diktiert die globalisierte Wirtschaft, wohin sie sich bewegen sollen und dürfen. Nur eine privilegierte Minderheit kann sich in der Welt frei bewegen und ihren Lebensplan selbstbestimmt verwirklichen. Die Regulierung der Migrationsbewegungen schließt die Einen ein und die Anderen aus. So werden ungerechte soziale, rechtliche und wirtschaftliche Lebenslagen geschaffen für Millionen von Menschen, die in der Welt unterwegs sind, denen aber selbstbestimmte Bewegungsfreiheit verweigert wird.

Die Charta von Lampedusa akzeptiert keine Unterteilung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Staatsangehörigkeit, wirtschaftlichen, rechtlichen und sozialen Situation oder aufgrund der Bedürfnisse der Ankunftsländer. Menschen sollen nicht unterschieden werden zwischen diesen, die sich frei bewegen können und jenen, die dafür eine Erlaubnis erbitten müssen, die dafür Diskriminierung, Ausbeutung und (sexuelle) Gewalt erleiden müssen, denen ihre Freiheit geraubt wird, die zur Ware werden oder das Risiko eingehen müssen, ihr Leben zu verlieren.

FREIE WAHL DES AUFENTHALTSORTES I

Durch die Politik der Regulierung und Kontrolle der Migration werden individuelle Migrationsrouten von aussen definiert, indem Migrant_innen in bestimmten Ländern festgehalten werden sowie in Transitländer oder in die Länder der Erstankunft zurückgeschickt werden. Diese Politik verhindert die freie Wahl der Reisewege und des Aufenthaltsortes und das Recht zur selbstbestimmten Lebensgestaltung.

Die Charta von Lampedusa löst sich vom Konzept, das von Besitz und Privatisierung von Territorien ausgeht. Das bedeutet auch eine Loslösung von der Tradition der Nationalstaaten. Die Charta von Lampedusa fordert die Freiheit eines jeden Menschen, den eigenen Lebensort selbst zu bestimmen. Daraus folgt die Freiheit, die Hindernisse, die diesem Plan im Wege stehen, beiseite zu schieben und zu bekämpfen. Diese Freiheit haben auch Minderjährige, die als bewusste Personen betrachtet werden. Gleichzeitig gebührt Minderjährigen ein besonderer Schutz.

BLEIBEFREIHEIT I

Das heutige Wirtschaftsmodell erzeugt bewaffnete Konflikte, Klimakatastrophen und globale Ungerechtigkeiten, die grosse Teile unseres Planeten zerstören. Der wirtschaftliche Wachstumstrieb ignoriert Umweltschutz und damit die Zukunft der Menschheit. Die Produktion wird an

Orte verlagert, an denen keine Regulation den Profit behindert. Die Entscheidung zu migrieren scheint auf den ersten Blick eine freie und private Entscheidung zu sein, doch sie ist eng verflochten mit dem ökologischen und sozialen Kontext, indem sie entsteht. Die Ungleichheiten und wirtschaftlichen Ungerechtigkeiten verhindern, dass Millionen Eltern ihr Bleiberecht einfordern können und verunmöglicht, dass ihre Kinder in ihrer Nähe aufwachsen. Denn allzu häufig müssen sich Mütter, Väter oder beide Elternteile, oder sogar Minderjährige auf den Weg machen, um ihren Lebensunterhalt zu sichern.

A. Die Charta von Lampedusa steht ein für das Bleiberecht: Dies ist das Recht einer jeden Person, das Land der Herkunft oder die Wahlheimat nicht unfreiwillig verlassen zu müssen. Die Charta von Lampedusa steht ebenso ein für die Freiheit, für sein Recht zu kämpfen: Die Freiheit, alles zu unternehmen, um Ausbeutung, wirtschaftliche, politische, militärische und kulturelle Unterdrückung zu bekämpfen, die darauf zielt, eine autonome, freie, unabhängige und friedliche Existenz aller Menschen auf dieser Welt zu verhindern.

Sowohl formelle Verordnungen als auch informelle Absprachen regeln Rückweisung, Identifikation, Internierung und Inhaftierung. Sie schreiben legale Migrationsrouten vor und weisen unterschiedliche Aufenthaltsstatus zu. Sie schränken damit die migrierenden Menschen in ihrer Wahlfreiheit ein, ihr Ankunftsland und ihren Aufenthaltsort selbst zu wählen.

B. Die Charta von Lampedusa fordert Bleibefreiheit: Dies ist das Recht derjenigen, die ihr Land verlassen, sich an jedem gewählten Ort - eben auch außerhalb des eigenen Herkunftsortes oder eines früheren Lebensmittelpunktes innerhalb der nationalen Grenzen - niederzulassen und dort ihr Lebensprojekt zu verwirklichen.

Das Aufenthaltsrecht ist heute von der wirtschaftlichen Verwertbarkeit eines_r Migrant_tin abhängig. So wird über Menschen Macht ausgeübt und ihr rechtlicher Aufenthaltsstatus sowie ihre Lebenschancen festgelegt.

Die Charta von Lampedusa fordert grundsätzliches Bleiberecht im Land der eigenen Wahl, unabhängig von der Ausübung einer Arbeit, deren Bewilligung und Anerkennung auf den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes des Ankunftslandes basiert. Die Bleibefreiheit und die Freiheit am Ort der Wahl ein Lebensprojekt aufzubauen, beinhaltet des weiteren: die Abwesenheit von jeglicher Ausbeutung, sowie den Zugang zu Gesundheitsversorgung, Unterkunft, Arbeit, Bildung, Kommunikation und Information, vor allem auch den Zugang zu rechtlicher Information ohne jegliche Art von Diskriminierung. Ebenso schliesst die Bleibefreiheit das Recht mit ein, sich gegen Hindernisse, die die Ausübung dieser Freiheit behindern, zu wehren.

FREIHEIT, DAS EIGENE LEBEN ZU LEBEN I

Fortwährende und politisch bedingte Konflikte sowie klima- und umweltbedingte, wirtschaftliche und soziale Katastrophen zwingen Menschen zum Verlassen ihrer Heimatorte.

Die Charta von Lampedusa fordert, dass jeder Mensch das Recht besitzen soll, das Land der Herkunft, Staatsangehörigkeit oder die Wahlheimat zu verlassen, wenn er_sie selbst oder die Gruppe, der er_sie sich zugehörig fühlt, verfolgt wird. Dies soll gelten, ungeachtet dessen, ob diese Gefahr real existiert oder potentiell vorhanden ist. Er_sie soll auch frei sein zu wählen, wo er_sie sich niederlassen will sowie zu entscheiden, in der Nähe der Menschen zu leben, die zu seiner_ihrer sozio-emotionalen Bezugsgruppe gehören. Dies darf auf keinen Fall gegen die Bewegungsfreiheit, das Bleiberecht und die freie Wahl des Wohnortes derjenigen ausgespielt werden, die nicht in einer solchen Situation sind.

Wenn Migration unabwendbar ist, muss die Möglichkeit bestehen, sich sofort in Sicherheit zu bringen, ohne bürokratische Bedingungen und Hindernisse.

In jedem Land, das während der Reise durchquert wird, muss der rechtliche, wirtschaftliche, soziale, kulturelle und existentielle Schutz garantiert werden. Ebenso muss der gleiche Schutz, wie auch der Zugang zur gemeinsamen Nutzung von Raum und Ressourcen, an allen Orten garantiert sein, an denen sich die Menschen niederlassen, um ihren Lebensplan zu verwirklichen. Diese Schutzmaßnahmen sollen auch dann gelten, wenn diese Menschen einen Ortswechsel vornehmen.

FREIHEIT DER PERSON I

Die Charta von Lampedusa erklärt, dass niemand seiner_ihrer persönlichen Freiheit beraubt, verhaftet oder inhaftiert werden darf aufgrund der bloßen Tatsache, dass er sich entschließt, von seinem_ihrem Herkunftsort oder seiner_ihrer Wahlheimat wegzuziehen und einen neuen Lebensort zu suchen.

FREIHEIT ZUM WIDERSTAND I

Die Charta von Lampedusa erklärt, dass alle Menschen frei sind, sich Regeln und Verordnungen zu widersetzen, die Diskriminierung, Ausbeutung, Konflikte, Ungleichheit und prekäre Lebenssituationen erzeugen.

Die heute geltenden Gesetze und Verordnungen, die Migration regeln, schaffen solche Situationen.

Die Charta von Lampedusa erklärt, dass Alle die Freiheit haben, sich diesen

Regelungen in ihrer Vielschichtigkeit wie auch in ihren spezifischen Funktionsmechanismen zu widersetzen: Dies gilt für Internierungslager und/oder Gefängnisse, Grenzen, Abschiebungen, Ausweisungen, Zurückweisungen. Ebenso ist Widerstand ein legitimes Mittel bei Aufenthaltserlaubnissen, die Arbeitsverträge voraussetzen, bei ungleichem Zugang zur Beschäftigung und Behausung, Ausbeutung der migrantischen Arbeitskraft, Prekarisierung von Wohn- und Arbeitsbedingungen, bei marktwirtschaftlich bestimmter Beschränkung von Bewegungsfreiheit, Visa- oder Quotenregelungen oder Militäreinsätzen auf Land und Wasser, die der Kontrolle und Verhinderung der Bewegungsfreiheit von Menschen dienen.

Die Charta von Lampedusa erklärt die Freiheit und die Pflicht, ungerechten Anordnungen keine Folge zu leisten.

Teil II

DEMILITARISIERUNG DER GRENZEN

Die EU-Länder Deutschland, Frankreich, England, Holland, Italien, Spanien und Schweden gehören zu den zehn grössten Waffenexporteuren weltweit. Ein sehr hoher Prozentsatz dieser Waffen wird von Ländern importiert, aus denen Menschen flüchten, weil sich die Länder entweder im Konflikt befinden und/oder angeklagt sind, Menschenrechte und demokratische Freiheiten zu verletzen.

Die gegenwärtige Politik der Kontrolle und Regulierung der Migration fördert die Militarisierung im Innern und in den Grenzgebieten. Es gibt auch Gebiete, in denen damit die Ausreise von Menschen blockiert oder gefiltert werden soll. Diese Praktiken werden oft mit humanitärer Rhetorik verschleiert oder als einfache Sicherheits- oder Überwachungsmaßnahme verkauft.

Die Insel Lampedusa nimmt in diesem Prozess eine Schlüsselrolle ein. Die Kontrolle der Grenzen und der Migration mit militärischen Mitteln ist eng verflochten mit einer Aufrüstung zu kriegerischen Zwecken und zur Verteidigung der vorherrschenden ökonomischen Interessen.

Die militärische Kontrolle bringt spezifische Formen von zusätzlicher Gewalt hervor, Gewalt an menschlichen Körpern, einschließlich sexueller Gewalt, insbesondere gegen Frauen. Dabei werden Menschen getötet, deren Leichen verschwinden. Dies bringt zusätzliches Leid für Verwandte und Freunde.

Die Charta von Lampedusa besteht auf der Notwendigkeit, unverzüglich sämtliche Operationen, sei es militärischer oder ziviler Art, in den betreffenden Ländern zu beenden sowie Grenzkontrollen abzuschaffen; hierzu gehören auch alle militärischen Praktiken zur Rückweisung von

Migrant_innen oder Mobilitätskontrollen auf internationalem Gebiet.

Die Charta von Lampedusa verlangt eine Umverteilung der Ressourcen, welche bis anhin zu militärischen Zwecken bereitgestellt und investiert wurden. Diese Mittel sollen die Reisewege der Menschen, die aufgrund von Notlagen ihr Land verlassen müssen, sichern und für soziale Zwecke für Alle verwendet werden.

Die Kombination von humanitärer Hilfe auf der einen Seite und Maßnahmen zur Sicherung der Grenzen auf der anderen, ist eine der grundlegenden Strategien zur Militarisierung der Innen- und Außengrenzen: Migrant_innen werden fern vom europäischem Territorium gehalten oder aber ihre Ankunft wird reguliert. Dies schliesst Gebiete mit ein, in denen Staaten fernab der EU die Ausreise von Menschen verhindern oder einschränken.

Die Charta von Lampedusa sieht die Abschaffung folgender Maßnahmen als unbedingt notwendig an:

- das Grenzüberwachungssystem Eurosur, das geschaffen wurde, um die Einwanderung von Migrant_innen in die Staaten der Europäischen Union einzuschränken und zu kontrollieren
- die Europäische Agentur Frontex und ihre derzeitigen Tätigkeiten, eigens geschaffen, um die Einwanderung von Migrant_innen auf den Gebieten der europäischen Staaten zu verhindern
- alle Operationen der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten, die in Grenzgebieten durchgeführt werden (wie die Operation Mare Nostrum, die 2013 startete) sowie Interventionen in Nicht-EU-Staaten (wie Eubam, die 2013 in Libyen begann)
- alle Kontroll- und Kommunikationssysteme sowie Militäreinrichtungen (Elektronik- und Satellitensysteme, Radar, Drohnen, biometrische Kontrollsysteme, Luft- und Wasserfahrzeuge), welche eingesetzt werden, um Migration zu kontrollieren, Gebiete zu Kriegszwecken zu militarisieren und die herrschenden Wirtschaftsinteressen zu zementieren
- alle real existierenden Grenzen, insbesondere die Mauern und physischen Grenzen, welche die Europäische Union umgeben und welche bis in angrenzende Staaten hineinreichen, mit dem Ziel, die Bewegungsfreiheit zu unterbinden

In Anbetracht der besonderen Rolle, welche die Militarisierung speziell auf Sizilien spielt, fordert die Charta von Lampedusa, dass folgende Maßnahmen sofort gestoppt werden:

- die Nutzung der Sigonella Naval Air Station zum Transit von Spezialeinheiten des US-Militärs, welche für die Ausbildung von Polizeikräften und bewaffneten Einheiten afrikanischer Regimes eingesetzt werden
- die strategische Nutzung der Sigonella Basis für Kommando und Verwaltung von Drohnen der US- und Nato-Truppen, sowie für Überwachung und Unterstützung von Operationen zur Kontrolle und Bekämpfung von Migration
- die Maßnahmen zum Aufbau einer MUOS-Bodenstation in Niscemi, welche u.a. zur strategischen Koordination von Überwachungseinsätzen im Mittelmeer sowie bei der Rückweisung von Migrant_innen in extraterritoriale Gebiete eingesetzt werden.

BEWEGUNGSFREIHEIT II

Bekräftigung der Bewegungsfreiheit wie in Teil I definiert:

Die Charta von Lampedusa bekräftigt die Notwendigkeit einer unmittelbaren Abschaffung der Visapflicht. Diese hindert einen Teil der Weltbevölkerung an der freien Bewegung und führt zu einer selektiven Mobilität. Die Menschen, die kein Visum erhalten, riskieren bei Grenzüberschreitung ihr Leben. Wenn es ihnen dennoch gelingt, den europäischen Raum zu erreichen, werden ihnen Allen zustehende Rechte verweigert.

Abkommen über Wirtschaft und Entwicklungshilfe der Europäischen Union mit jenen Ländern, von denen vermeintlich eine „Gefahr der Migration“ ausgeht, sind an die Auflage von militärischen Grenzkontrollen gebunden. Ebenso wird in den Abkommen die Rücknahme von Migrant_innen verlangt, die diese Länder passiert haben und von der Europäischen Union zurückgewiesen werden. Solche Vorschriften werden auch verhandelt, wenn Einreisequoten für die Staatsangehörigen aus den Drittländern in die EU festgelegt werden.

Die Charta von Lampedusa verlangt die Streichung aller „Migrations-Klauseln“ aus den Abkommen. Zudem sollen Länder, denen solche aufgezwungen werden, diese zurückweisen und somit die gegenwärtige Europäische Nachbarschaftspolitik ablehnen. So sollen die Beziehungen zwischen Menschen und Staaten von jeglicher Form von Ausbeutung und Migrationskontrolle befreit werden.

Die gegenwärtige Migrationspolitik der Europäischen Union koppelt einen legalen Aufenthalt an die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes. Damit wird eine Aufenthaltserlaubnis/Aufenthaltsbewilligung unmittelbar von einem

Arbeitsvertrag abhängig gemacht. Diese Verknüpfung kann dazu führen, dass migrantische Arbeiter_innen von ihren Arbeitgeber_innen erpresst werden, was zur Folge haben kann, dass die Rechte und der Schutz aller Arbeiter_innen eingeschränkt werden.

Die Charta von Lampedusa besteht darauf, dass das Recht, ein Staatsterritorium zu betreten, sich dort aufzuhalten und zu bleiben, klar getrennt wird vom Vorhandensein eines Arbeitsvertrags.

Die Verabschiedung der Eintrittsquoten durch die Mitgliedsstaaten der EU gründet weitgehend auf eigenen wirtschaftlichen Bedürfnissen und ist einer der Hauptgründe für die Illegalisierung von Menschen. Die Charta von Lampedusa sieht die unmittelbare Notwendigkeit, das Quotensystem abzuschaffen sowie die Bleibefreiheit aller Menschen anzuerkennen, die bereits europäisches Gebiet betreten haben. Damit soll das Konzept von Amnestie ein für alle Mal überwunden werden.

Die Charta von Lampedusa verlangt zudem die Abschaffung aller qualitativen Kriterien (wie Einkommen und Wohnen), sowie aller quantitativen Einschränkungen (Anzahl und Alter der wieder zu vereinigenden Menschen), welche gegenwärtig die Familienzusammenführung beschränken oder verhindern.

Die Charta von Lampedusa verlangt, dass Entscheidungen, welche Minderjährige betreffen, in deren Interesse getroffen werden. Es soll grundsätzlich von der Annahme ihrer Minderjährigkeit ausgegangen werden. Die Charta von Lampedusa fordert, dass der Einsatz von invasiven medizinischen Untersuchungsmethoden zur Altersbestimmung gestoppt wird. Die Charta fordert dazu auf, alles daran zu setzen, den Minderjährigen die Ausübung ihrer Rechte zu garantieren. Zudem dürfen die Betreuungs- und Begleiteinsätze entlang der Migrationsrouten der Minderjährigen nicht mit Militär- oder Polizeikräften durchgeführt werden. Dies muss durch qualifiziertes und erfahrenes Personal geschehen.

Zu jedem Zeitpunkt des Migrationsprozesses muss jede_r Migrant_in die Möglichkeit haben zu verstehen, was geschieht. Die Person muss über ihre Rechte informiert und angehört werden, sie muss sich in der eigenen Sprache verständlich machen können sowie an den Entscheidungen teilhaben, die sie unmittelbar betreffen.

Die Charta von Lampedusa fordert die Abschaffung aller Verordnungen, welche eine Einreise und/oder einen Aufenthalt direkt oder indirekt als „irregulär“ – also als eine Straftat – definieren. Außerdem fordert sie ein Ende der direkten oder indirekten Kriminalisierung bei Rettung, Aufnahme und Unterbringung von Migrant_innen, ohne Rücksicht auf die

„Irregularität“ ihrer Einreise und ihrer Bleibe.

FREIE WAHL DES AUFENTHALTSORTES II

Wir betonen noch einmal die Wahlfreiheit, wie wir sie in Teil I definiert haben.

Die Charta von Lampedusa hält es für notwendig, alle nationalen und internationalen Gesetze abzuschaffen, welche die Bewegungsfreiheit, das Bleiberecht und die freie Wahl des Wohnorts einschränken. Wir beziehen uns insbesondere auf die EU-Gesetze, wie diese im Schengen-Abkommen verabschiedet wurden. Sie schränken die Rechte von EU-Bürger_innen ein sowie jener Menschen, die aus sogenannten „Drittstaaten“ kommen. Asylsuchende Menschen sind hiervon besonders betroffen.

Die Charta von Lampedusa betont vor allem die Notwendigkeit, das Dublin-Abkommen und alle seine Modifizierungen sofort abzuschaffen. Diese zwingen Migrant_innen dazu, internationalen Schutz im ersten EU-Land der Ankunft zu suchen und damit werden sie daran gehindert, ihren Lebensentwurf frei zu verwirklichen. In diesem Sinn bekräftigt die Charta, dass Menschen die Freiheit haben sollen, zu wählen, in welchem Land sie internationalen Schutz erbitten. Alle Staaten sollten gleichermassen hohe Standards für Schutz und Aufnahme von Menschen bereitstellen, die einen solchen Schutz benötigen. Staaten, welche diese Standards nicht erfüllen, sollten sofort und wirkungsvoll bestraft werden.

BLEIBEFREIHEIT II

Wir betonen noch einmal die Bleibefreiheit, wie wir sie in Teil I definiert haben.

Eines der Hauptinstrumente, um Migrant_innen zu unterdrücken und zu kontrollieren, ist die enge Verbindung zwischen dem Recht auf Niederlassung und der Erfüllung von mehr oder weniger komplizierten bürokratischen Formalitäten.

Die Regelung dieser Formalitäten ist in vielen Ländern de facto eine separate und spezialisierte Gesetzgebung. Dadurch wird eine Kategorie von Menschen geschaffen, die weniger Rechte haben, die der Grenzkontrolle und den Interessen der Staaten unterworfen sind.

Deswegen fordert die Charta von Lampedusa die sofortige Abschaffung aller Bedingungen (sowohl schriftlich verankert, als auch der Praxis), die Menschen daran hindern, Zugang zu gleichen Rechten zu haben, unabhängig davon, aus welchem Land sie kommen. Dies gilt ebenso für den Zugang zu Sozialleistungen, zu bezahlter Arbeit, als auch zu politischen Rechten, zu

Wahlrecht und zu Recht auf Staatsbürgerschaft. Die Charta von Lampedusa betrachtet es zudem als dringend notwendig, dass die Anforderungen für ein formell legalisiertes Aufenthaltsrecht gesenkt werden. Unabhängig von der Staatsbürgerschaft soll der Nachweis der Identität dafür ausreichend sein. Diese Maßnahmen sollen zukünftig nicht mehr vom Innenministerium oder von der Polizei ergriffen und ausgeführt werden.

A. Recht auf Arbeit

Ganze Sektoren des europäischen Arbeitsmarktes basieren auf der Ausbeutung migrantischer Arbeitskräfte. Gerade Haus- und Care-Arbeit werden vor allem von migrantischen Frauen gemacht. Sie sind Lückenfüller für das, was die öffentlichen Institutionen bislang vernachlässigen. Diese reproduktive Arbeit nützt der Gesellschaft, sie ist zu sehr niedrigen Löhnen erhältlich, und die Arbeiterinnen haben kaum Rechte. Folglich entziehen sich die öffentlichen Institutionen noch mehr ihrer Verantwortung.

Zunehmend werden Migrant_innen wie selbstverständlich in einer neuartigen Versklavung ausgebeutet. Diese Ausbeutung beinhaltet auch Formen von Erpressung und die Migrant_innen sind häufig physischer, psychischer, sexistischer und sexueller Gewalt ausgesetzt. Weil Staatszugehörigkeit und Herkunft auf dem Arbeitsmarkt zählen, sind zahlreiche Berufe für viele der Frauen und Männer gar nicht zugänglich. Zudem werden häufig Diplome und Abschlusszeugnisse für Ausbildungsgänge nicht anerkannt. Andere Fähigkeiten und Berufserfahrungen, ob mit oder ohne Dokumente, werden nicht zur Kenntnis genommen. Das bedeutet in der Praxis, dass den Migrant_innen berufliche und persönliche Laufbahnen abgesprochen und verunmöglicht werden.

Deswegen fordert die Charta von Lampedusa Zugang zu allen Berufen und Arbeitsplätzen. Alle Menschen haben ein Recht auf sichere Arbeit bei gleichem Lohn, ohne Ausbeutung und Diskriminierung. Alle Menschen verdienen Respekt in allen Bereichen des menschlichen Daseins. Diese Rechte müssen durch gleiche Löhne garantiert werden, vertragliche Abmachungen müssen eingehalten werden. Ungerechte Arbeitsverhältnisse entstehen auch, weil Unternehmen ihre Produktionsstätten in Billiglohnländer verlagern, um noch mehr Profit zu machen. Selbstverständlich müssen auch in diesen Ländern Lohnstandards und Verträge eingehalten werden. Nur so kann eine gerechtere Verteilung von Arbeit und Ressourcen verwirklicht werden.

B. Recht auf eine Unterkunft und deren Gestaltung

Ein Großteil der Weltbevölkerung kann zur Zeit das Recht, eine Unterkunft zu haben, diese zu beleben, individuell einzurichten und zu gestalten, nicht in

Anspruch nehmen. Es hängt von der Herkunft und der Höhe des Einkommens ab. Für uns ist klar, dass das Recht auf eine Behausung und deren Gestaltung die Grundlage ist für die Ausübung weiterer Rechte – z.B. sich politisch zu engagieren oder sein Lebensprojekt am Ort der Wahl zu verfolgen. Aufgrund von Staatsangehörigkeit, religiöser Zugehörigkeit oder aufgrund der sozioökonomischen Situation werden viele Minderheiten und Communities an bestimmte Lebensorte verdrängt. Das verletzt ihr Recht auf eine Behausung und deren Gestaltung. Sie werden vom Rest der Stadt abgetrennt aufgrund von diskriminierenden Vorurteilen. Sie sind gezwungen, ihren Lebensplan umzustellen. Viele private und öffentliche Gebäude stehen leer und könnten als Wohnungen zur Verfügung gestellt, belebt und gestaltet werden.

Deshalb erklärt die Charta von Lampedusa, dass alle Menschen das Recht haben, einen geeigneten Ort zu bewohnen. Dieser Wohnort muss den eigenen Plänen für ein erfülltes Leben entsprechen und in einem sozialen Umfeld eingebettet sein.

C. Recht auf Gesundheitsversorgung und Sozialleistungen

Zu einem erfüllten Leben gehören Austausch, Interdependenz mit anderen und mit der ganzen Gesellschaft. Diese gegenseitige Abhängigkeit ist in bestimmten Lebensphasen bedeutender als in andern, so beispielsweise während einer Schwangerschaft, Elternzeit, Kindheit oder im Alter, ebenso bei Krankheit oder Behinderung.

Der Zugang zu öffentlichen Hilfeleistungen, welche in diesen Abhängigkeitsphasen wichtig sind, ist nicht für alle Menschen gleichermaßen offen. Benachteiligungen entstehen durch Herkunft, Staatsangehörigkeit, Geschlecht und/oder sozialen, wirtschaftlichen und rechtlichen Status.

Zugang zu Gesundheitseinrichtungen, medizinischer Behandlung, finanzieller Unterstützung und weiteren Hilfeleistungen – wie etwa Mutter-Kind-Fürsorge oder Fürsorge älterer Menschen – muss für jeden Menschen gewährleistet sein.

D. Recht auf Bildung

Zugang zu Wissen und Bildung muss allen Menschen offen stehen und für Alle gewährleistet sein, kein Mensch darf dabei benachteiligt werden. Denn Wissen und Bildung sind die Grundlage dafür, dass Menschen ihre Lebenspläne verwirklichen und sich in allen Dimensionen ihres Seins entfalten können.

In europäischen Ländern wird derzeit der Zugang zu Bildungseinrichtungen

beschränkt und ist abhängig vom rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Status der_s Bewerber_in.

Das Erlernen der Landessprache ist von grundlegender Bedeutung für die freie Lebensgestaltung. Der Zugang zum Sprachunterricht darf deshalb nicht vom Aufenthaltsstatus abhängig gemacht werden.

Deswegen erklärt die Charta von Lampedusa: Alle diskriminierenden Maßnahmen, die den Zugang zu Wissen, Bildung, Erlernen der Landessprache oder der eigenen Muttersprache(n) behindern, müssen abgeschafft werden. Zudem muss der Zugang zu einem sozialen Umfeld, in dem Sprachen gelernt und Wissen vermehrt werden können, gewährleistet sein. Ebenso braucht es eine Standardisierung der Anerkennung von Bildungsdiplomen, von Lern- und Berufslaufbahnen. Alle Bestimmungen, die aufgrund von Herkunft, Staatsangehörigkeit, rechtlichem, sozialem oder wirtschaftlichem Status unterschiedliche Bildungschancen schaffen oder behindern, müssen abgeschafft werden.

E. Recht auf Gründung und Schutz von Familie und Partnerschaft

Jeder Mensch soll die Freiheit haben, nach eigener Wahl eine Familie zu gründen oder in einer Partnerschaft zu leben. Diese Wahlfreiheit muss anerkannt werden, unabhängig von der Staatsangehörigkeit, vom rechtlichen, wirtschaftlichen, sozialen Status oder von der sexuellen Orientierung.

Oft beschränken wirtschaftliche und soziale Zwänge die Möglichkeit, eine Familie zu gründen oder eine Partnerschaft einzugehen und diese zu erhalten. Insbesondere gilt dies für Migrant_innen, die häufig eingeschränkte Rechte auf dem Arbeitsmarkt, bei Sozialleistungen und bei der politischen Partizipation haben.

Die Charta von Lampedusa fordert, dass alle institutionellen Hindernisse (Praktiken, Kontrollen und Gesetze) beseitigt werden, die die Freiheit zur Familiengründung und Partnerschaft sowie deren Aufrechterhaltung beschränken oder verhindern. Es darf keine Ungleichheit in der Familie oder in der Partnerschaft aufgrund des Aufenthaltsstatus einer_s Partners_in entstehen. Dies gilt insbesondere für Eheschließungen zwischen EU-Angehörigen mit Personen von außerhalb der EU und auch für Eheschließungen zwischen Personen ohne EU-Angehörigkeit.

Die Charta von Lampedusa fordert zudem, dass die Einheit der Familie oder Partnerschaft respektiert wird. Insbesondere müssen Genehmigungen zur Einreise und zum Aufenthalt für Familien und Partnerschaften von Personen sowohl mit als auch ohne EU-Angehörigkeit oder aus Nicht-EU-Ländern erteilt werden.

F. Recht auf soziale und politische Partizipation

Heute sind Millionen von Menschen in dem Land, in dem ihr Lebensmittelpunkt ist, ohne Zugang zu politischen oder sozialen Rechten. Grund dafür sind gesetzliche und bürokratische Hürden, schlechte Wohnlagen oder auch wirtschaftliche und ökologische Benachteiligungen.

Die Charta von Lampedusa fordert für jeden Menschen, unabhängig von der Staatsangehörigkeit und vom rechtlichen, sozialen oder wirtschaftlichen Status, den ungehinderten Zugang zum öffentlichen Raum, soziale Partizipation sowie aktives und passives Wahlrecht auf lokaler, nationaler und übernationaler Ebene.

G. Nicht diskriminierende, alle Menschen respektierende Sprache

Gegenwärtig ist eine fremdenfeindliche und offen rassistische Rhetorik weit verbreitet in der Öffentlichkeit und in den Medien. Der Rassismus, der sich hinter der Sprache versteckt, konstruiert Unterschiede zwischen Menschen, versteht Kultur als etwas Statisches und Unveränderliches und fördert rechtliche, wirtschaftliche und soziale Benachteiligung. Medialer Rassismus ist eng verbunden mit Formen von institutionalisiertem Rassismus, die den Zugang zu Rechten aufgrund von Herkunft und/oder der Staatsangehörigkeit beschränken.

Weit verbreitete und als normal empfundene Begriffe wie „Illegale“/„Illegaler“, auch zu finden in Gesetzestexten, sind diskriminierend, schaffen Stereotype und Vorurteile und kriminalisieren Menschen. Die verwendeten Ausdrücke sowie der Tonfall stigmatisieren und diskriminieren Personen aufgrund von tatsächlicher oder vermuteter Herkunft und sozialer, kultureller und religiöser Zugehörigkeit.

Diese Prozesse der Kriminalisierung und Stigmatisierung entstehen durch die permanente Verweigerung des Rechts von Migrant_innen, in den Medien und in der Öffentlichkeit das Wort zu ergreifen, sich selbst zu vertreten und selbst zu erzählen. Als Folge davon entstehen partielle und einseitige Informationen.

Die Ankunft von Migrant_innen auf der Insel Lampedusa und an anderen Grenzen Europas wird in den Medien aufgebauscht. Es wird eine skandalisierende Sprache verwendet und Sicherheitsaspekte werden in den Vordergrund gestellt, die die Realität verzerren und die Einzelschicksale negieren. So haben die Medien Anteil an der Zunahme von Rassismus und Diskriminierung.

Die Charta von Lampedusa hat eine politische Vision, in der die Beziehungen

zwischen Menschen unabhängig sind von Herkunft, Staatsangehörigkeit, tatsächlicher oder vermuteter kultureller oder religiöser Zugehörigkeit. Sie fordert dazu auf, jede sprachliche Ausdrucksweise zu bekämpfen, die auf Vorurteilen, Diskriminierung und Rassismus beruht, unabhängig vom Ort oder Kontext.

Die öffentlichen Ressourcen für den Genuss und die Produktion von Kunst und Kultur sind für Migrant_innen oft nicht zugänglich. Gerade aber weil es grundlegend ist, nicht nur Objekt von anderen zu sein, fordert die Charta von Lampedusa das Recht für Alle auf Zugang zu öffentlicher Kunstförderung, zu Fonds sowie zu Kunst- und Kulturräumen.

H. Neue Formen der Staatsbürger_innenschaft

Mit der Entstehung von Nationalstaaten ist Staatsangehörigkeit zu einem Instrument für Ein- und Ausschluss geworden. Ursprünglich unveränderbare und universelle Rechte sind damit zu Privilegien geworden, die an den juristischen Aufenthaltsstatus gebunden sind.

Die EU hat es bisher versäumt, die Staatsbürgerschaften auf europäischem Boden so zu gestalten, so dass diese eine einschliessende Funktion übernehmen könnten. Hingegen hat sie Freizügigkeit auf Menschen beschränkt, die bereits eine Staatsbürgerschaft eines der Mitgliedstaaten haben.

Die EU-Erweiterung hat zu einer internen Hierarchisierung verschiedener Staatsbürgerschaften geführt, abhängig vom Zeitpunkt des Eintritts in die Union.

Die Charta von Lampedusa fordert gleiche Rechte für Alle, die sich auf dem Gebiet der EU aufhalten, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit. Die Charta von Lampedusa fordert eine europäische Staatsbürger_innenschaft, die auf dem „ius soli“ (Geburtsortsprinzip) beruht.

Die Charta von Lampedusa hält fest, dass nicht mehr die nationale Herkunft, sondern der Aufenthaltsort als Kriterium für Staatsbürger_innenschaft gelten soll. Hierfür müssen neue Gesetze erarbeitet werden.

FREIHEIT, DAS EIGENE LEBEN ZU LEBEN II

Das Recht auf Bewegungsfreiheit und eigene Lebensgestaltung muss gewährleistet sein, auch im Falle einer Migration – s. Teil I.

Wir lehnen eine sogenannt humanitäre Politik von Staaten, überstaatlichen oder internationalen Organisationen ab, wenn sie die Bewegungsfreiheit von

Menschen beschränkt, Notsuchenden den Zugang zu Sicherheitszonen verweigert oder Reisewege von Migrant_innen behindert. Diese Politik führt dazu, dass Tausende von Menschen gezwungen sind, langfristig oder sogar dauerhaft unter prekären Lebensbedingungen in Flüchtlingslagern zu leben. Wir lehnen humanitäre Maßnahmen ab, insofern sie EU-Beschlüsse mit dem Ziel unterstützen, Flüchtlinge in außereuropäische Territorien auszulagern. Dabei werden Menschen auf selektiver Basis rückgeschafft (resettlement) oder ihre Ankunft in Europa verhindert (regional protection program). Wir lehnen diese Politik ab, insofern es sich um die Kehrseite einer Politik des Krieges, der Militarisierung und der ökonomischen Ausbeutung dieser Gebiete handelt.

Die Charta von Lampedusa betrachtet es als notwendig, Reisewege zu schaffen, die eine unmittelbare Einreisemöglichkeit für Menschen garantieren, die ihr Geburts-, Staatsbürgerschaft- oder Aufenthaltsland verlassen müssen, weil sie vor Krieg flüchten, vor individueller oder kollektiver Verfolgung, vor Klima- und Umweltkatastrophen oder vor ökonomischen und sozialen Problemen. Dies darf jedoch auf keinen Fall gegen die Bewegungsfreiheit, das Bleiberecht und die freie Wahl des Wohnortes derjenigen ausgespielt werden, die nicht in einer solchen Situation sind.

Bevor solche Reiserouten angelegt sind, muss Rettung aus Notlage als unbedingte Pflicht gelten, wie in internationalen Vereinbarungen festgelegt. Territoriale Kompetenzstreitigkeiten oder verspätete Rettungseinsätze, die bisher tausende Todesopfer gefordert haben, sind unzulässig. Der unbedingte Schutz für Alle, die internationalen Schutz suchen, muss garantiert werden, auch in internationalen Gewässern und Territorien. Dieser Schutz gilt von der ersten Kontaktaufnahme mit den Behörden eines Mitgliedstaates, unabhängig davon, wie dieser Kontakt zustande kommt.

Die Charta von Lampedusa fordert das sofortige Verbot aller formellen oder informellen Zurückweisungen an den internen und externen EU-Grenzen.

Die Charta von Lampedusa verlangt die Beendigung der Politik der EU, das Asylsystem in Staaten außerhalb der EU zu verlagern: Die EU gibt somit ihre Verantwortung für internationalen Schutz an diejenigen Staaten ab, durch die die Migrant_innen gereist sind, um der Not zu entkommen. Auch in Notsituationen müssen Menschen Wahlfreiheit haben.

Es gibt verschiedene Beweggründe für Migration. Trotzdem lehnt die Charta von Lampedusa Kriterien zur Überprüfung von Fluchtursachen ab. Dadurch werden Menschen gezwungen, ihre Migrationsgründe zu beweisen, um Zugang zu bestimmten Rechten zu erhalten.

Die Charta von Lampedusa sieht es als notwendig, dass am Ankunftsort alle

nötigen Mittel zur Verfügung stehen, um jenen, die internationalen Schutz ersuchen, Zuflucht zu gewähren und die sofortige Eingliederung ins wirtschaftliche und soziale Leben zu ermöglichen.

Die Charta von Lampedusa verlangt die Abschaffung des Empfangssystems, das auf Lagern und Zentren basiert. Stattdessen soll im ganzen Mittelmeerraum und darüber hinaus der Empfang von Flüchtlingen gemeinsam und an verschiedenen Orten gehandhabt werden. Diese Empfangsmassnahmen sollen umfassend und dezentral sein, sowie auf der Anerkennung individueller Reisewege beruhen. Selbstverwaltung und Selbstorganisation des Empfangs sollen damit gefördert werden. Gleichzeitig wird das Ziel verfolgt, dass die soziale Dimension der Ankunft von Flüchtlingen berücksichtigt und Spekulation und Monopolbildung des Empfangs verhindert werden.

Massnahmen, welche gleich nach der Ankunft von Personen getroffen werden, müssen die Familien- und Verwandtschaftsbeziehungen berücksichtigen. Familien und andere Menschen, die in enger Beziehung stehen, müssen zusammenbleiben dürfen.

FREIHEIT DER PERSON II

Wir bekräftigen die Freiheit der Person wie sie in Teil I definiert wurde.

Für Migrant_innen ohne Aufenthaltserlaubnis sieht die Migrationspolitik in der EU und an ihren Grenzen Administrativhaft (Abschiebe-/Ausschaffungshaft) vor. Zudem erwartet diejenigen, die internationalen Schutz suchen, ein umfangreiches Strafsystem. Die Ankunftsorte sind meistens zugleich Orte, die Gefängnissen gleichen. An diesen Orten müssen die Hilfesuchenden so lange verharren, wie das bürokratische Verfahren dauert, das ihnen einen Flüchtlingsstatus zuspricht.

Die Migrations- und Flüchtlingspolitik der EU hat ein System der Regulierung und Kontrolle geschaffen, das die Inhaftierungen und Bestrafung sogar in Nicht-EU-Staaten zulässt.

Wir verurteilen alle Todesfälle und die Gewalt, die in den Haft- und Internierungslagern auf dem Gebiet der EU und in den Staaten, in welchen die EU ihre externalisierte Grenzkontrolle ausübt, stattfanden. Die Verantwortlichkeit für diese Gewalt- und Todesfälle wurde nie aufgeklärt und die Taten sind ungestraft geblieben.

Es ist nicht möglich, diese Orte irgendwie zu reformieren. Denn sie haben die symbolische und politische Funktion, Menschen zu kriminalisieren und bewirken, dass Migrant_innen rechtlich, ökonomisch und sozial herabgesetzt

werden. Für dieses System werden viele öffentliche Gelder ausgegeben und dabei profitieren auch besonders Personen, die mit dem Leben von Migrant_innen spekulieren.

Aus diesem Grunde fordert die Charta von Lampedusa, dass die Administrativhaft (Abschiebe-/Ausschaffungshaft) sofort abgeschafft wird. Alle Internierungslager, wie sie auch heißen oder ausgestattet sein mögen, sollen geschlossen werden. Ebenso sollen alle bisherigen Empfangsformen, entsprechende Gesetze, Verordnungen oder informelle Regelungen zur Einschränkung der Bewegungsfreiheit, zur Festnahme und Internierung, abgeschafft werden. Die Charta von Lampedusa verlangt, dass die Mittel, mit denen diese Einrichtungen bisher finanziert wurden, für soziale Projekte für Alle eingesetzt werden.